

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 355

Einwohnerratssitzung vom Montag, 29. Mai 2006, 19.00 Uhr, in der Aula / Turnhalle des Längischulhauses

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Urs Baumann, Brigitte Frei, Eva Keller
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Mutation Nr. 1 zum Quartierplan „FMC, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs, Bericht der BPK, 1. Lesung	2422
2.	Mutation Nr. 2 zum Quartierplan „FMC“, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Wegfall des Bürogebäudes und Änderung des Perimeters, Bericht der BPK, 1. Lesung	2423
3.	Antrag von Urs Hess betr. „Änderung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“, 2. Lesung	2416
4.	Volksinitiative „Reduktion des Prattler Gemeinderates“	2428
5.	Motion von Petra Ramseier betr. „Gemeinderat nach Verhältniswahl (Proporz) wählen“	2430
6.	Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Eisbahn“	2418
7.	Postulat von Stephan Ackermann betr. „Ombudsstelle“	2431
8.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Stephan Ackermann betr. „Kompostiermöglichkeiten“
 - Postulat von Rolf Hohler betr. „Buswartehäuschen beim Interio“
-

Mitteilungen

- Priska Forter hat ihren Rücktritt als Einwohnerrätin per 30. Juni 2006 bekannt gegeben.
-

Geschäft Nr. 2422

Mutation Nr. 1 zum Quartierplan „FMC, Gewerbeareal Grüssen“ betr. Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs, Bericht der BPK, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 14. März 2006
- Bericht der BPK vom 15. April 2006

BPK-Präsident André Stöckli: Die BPK hat an einer Sitzung in einer Stunde die beiden Mutationen behandelt. Die BPK schlägt Ihnen einstimmig vor, die beiden Geschäfte zu genehmigen.

Petra Ramseier: Wir sind grundsätzlich einverstanden, dass es dort ein Geschäft gibt. Uns ist aber ganz wichtig, dass nicht die Möglichkeit besteht, aus einem Laden mit allgemeinem Bedarf ein Spezialitätengeschäft zu machen. Wir fordern den Gemeinderat auf, das auch schriftlich in der Baubewilligung festzuhalten, damit es nicht vergessen geht. Falls eine Zweckänderung oder ein Besitzerwechsel ansteht, ist darauf zu achten, dass ein Laden für den täglichen Bedarf dort hinein kommt. Wir haben Angst, dass es ein Spezialitätengeschäft geben könnte, das dann auch Leute anzieht, die nicht dort arbeiten oder wohnen.

Albert Willi: Wir danken der BPK für die speditive und schnelle Arbeit.

Kurt Lanz: Wir können uns mehrheitlich mit dem Bericht der BPK anfreunden. Bei Pratteln Mitte sind offenbar 1000 Quadratmeter vorgesehen. Das heisst, dass es sicher nicht mehr geben kann.

GR Rolf Wehrli: Auch ich möchte der BPK für die speditive Behandlung danken. Die Fragen wurden klar beantwortet. Ich bitte Sie, sich den Verzicht auf eine zweite Lesung zu überlegen.

1. Lesung

Keine Wortbegehren.

Ende der 1. Lesung

Rudolf Meury und Albert Willi beantragen, auf eine zweite Lesung zu verzichten.

://: Der Antrag wird mit 23: 9 Stimmen und diversen Enthaltungen angenommen. Das 2/3-Mehr wird aber nicht erreicht und der Verzicht auf eine zweite Lesung ist abgelehnt.

Geschäft Nr. 2423**Mutation Nr. 2 zum Quartierplan
„FMC“, Gewerbeareal Grüssen“
betr. Wegfall des Bürogebäudes
und Änderung des Perimeters, Be-
richt der BPK, 1. Lesung**Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 14. März 2006
- Bericht der BPK vom 15. April 2006

Petra Ramseier: Wir möchten folgenden Punkt noch genauer anschauen. Es geht um die geringfügigen Änderungen, die der Gemeinderat zwischen dem bewilligten Quartierplan und dem baubewilligten Projekt vornehmen kann. Das ist ein sehr schwammiger Begriff und es gibt keine Definition von geringfügig. Es ist nicht geringfügig, wenn 2000 Quadratmeter Bürofläche verloren gehen. Wir brauchen wertvolle Flächen mit Steuererträgen und Arbeitsplätzen. Das war ein schlechter Tausch. Wir möchten den Gemeinderat bitten, solche Informationen früher vorzulegen. Wir möchten auch wissen, wo die abgetrennte Parzelle hingehet und was damit gemacht wird.

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat hat beide Vorlagen juristisch abklären lassen. Die Kompetenz für geringfügige Abänderungen muss der Gemeinderat haben. Zur zweiten Frage: Wir wissen noch nicht, wo es genau hingehet und was mit den restlichen Flächen passiert. Verhandlungen sind im Gange.

1. Lesung

Keine Wortbegehren.

Ende der 1. Lesung

Rudolf Meury beantragt, auf eine zweite Lesung zu verzichten. Das Geschäft ist völlig unbestritten. Eine zweite Lesung bedeutet einen administrativen „Blödsinn“.

Kurt Lanz: Grundsätzlich ist die zweite Lesung ein demokratisches Recht. Personen können zu mir kommen und mich auf gewisse Dinge aufmerksam machen. Dieses Recht will ich niemandem wegnehmen. Ich bin für die zweite Lesung und nur in Ausnahmefällen dagegen.

://: Das 2/3-Mehr wird nicht erreicht und der Verzicht auf eine zweite Lesung ist abgelehnt.

Geschäft Nr. 2416**Antrag von Urs Hess betr. „Ände-
rung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsregle-
ments des Einwohnerrates“,
2. Lesung**Aktenhinweis:

- Antrag von Urs Hess vom 20. Februar 2006
- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. April 2006

Urs Hess: Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Ich verweise auf mein Votum vom 24. April 2006. Mit 14 Tagen haben wir die Möglichkeit, die Geschäfte seriös zu studieren und die seriösen Einwohnerräte können dem Antrag sicher zustimmen.

Stephan Burgunder: Die FDP-Fraktion ist nach wie vor gegen die Änderung. Wir verlieren an Flexibilität und an Aktualität. Für die heute vorliegenden Traktanden haben mir die vier Tage für das Studium ausgereicht. Umfangreiche Geschäfte erhalten wir in der Regel sowieso früher.

Rös Graf: Auch die SP-Fraktion ist gegen eine Änderung. Der Präsident hat ja die Möglichkeit, Geschäfte von der Traktandenliste zu nehmen.

Urs Hess: Ich staune. Ich höre immer wieder, dass man die Geschäfte nicht seriös studieren kann. Und jetzt sagen die Gleichen, dass die Frist ausreichen würde. Wir bleiben aktuell.

Dieter Stohler: Die Zielsetzung ist vernünftig, aber es ist der falsche Weg. Es werden schon heute umfangreiche Geschäfte früher verschickt. Generell reichen die zehn Tage aber aus.

Petra Ramseier: Wir unterstützen den Antrag.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 21 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen:

- ://: 1. Der Änderung von Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates wird zugestimmt.
Ziff. 1.6.4 lautet neu: „Die Mitglieder des Einwohner- und des Gemeinderates werden zu jeder Sitzung durch das Einwohnerratspräsidium schriftlich eingeladen. Die Einladungen werden zusammen mit einer Geschäftsliste mindestens 14 Tage vor der Sitzung zugestellt.“

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr:

2. Die Änderung tritt am 1. Juli 2006 in Kraft.

Geschäft Nr. 2428

Volksinitiative „Reduktion des Prattler Gemeinderates“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 28. März 2006

GP Beat Stingelin: Die Volksinitiative ist auf der Verwaltung geprüft worden und wird vom Gemeinderat für gültig angesehen. Wir sind überzeugt, dass wir Ihnen eine ausgewogene Vorlage, mit Vor- und Nachteilen, präsentieren können. Der Gemeinderat ist mehrheitlich für eine Reduktion und wir bitten Sie, unseren Anträgen zuzustimmen.

Dieter Stohler: Es liegt eine Vorlage vor Ihnen, die vom amtierenden Gemeinderat befürwortet wird. Was gibt es für einen besseren Beleg für den Sinn unserer Initiative, wenn der Gemeinderat, der selbst seine Organisation und seine Aufgaben am besten kennt, dafür ist. Und der Gemeinderat ist nicht einfach blindlings dafür, sondern hat in bemerkenswerter Weise sich die Mühe gegeben, sämtliche Argumente aufzulisten und gegeneinander abzuwägen. Und der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass die

Volksinitiative zu begrüssen ist. Der Gemeinderat stellt einiges richtig fest, nämlich dass ein kleineres Kollegium, unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Mitglieder, eher an einem Strick zieht und auch Verletzungen des Kollegialitätsprinzips weniger vorkommen. Allgemein ist man heute der Überzeugung, dass kleinere Gremien mehr Sinn machen. Früher ist bei der Zusammensetzung das „Vertretungsdenken“ im Vordergrund gestanden. Jede Gruppierung, jeder Interessenvertreter, jede Anspruchsgruppe, jedes Geschlecht, jedes Alter, jede Partei etc. wollte vertreten sein. Deshalb waren die Gremien früher so gross. Der Einwohnerrat vertritt 15'000 Einwohner und das passt zum „Vertretungsdenken“. Anders ist es bei Exekutivorganen. Das sind Führungsorgane und bestehen nicht mehr aus 10 bis 20 Personen. Bereits haben über 18 Prozent der Schweizer Gemeinden eine Exekutive von 5 oder weniger, oder stehen kurz vor der Einführung. Die politische Auseinandersetzung soll primär im Einwohnerrat, der nach Parteienproporz gewählt ist, und nicht im Gemeinderat stattfinden. Hingegen soll sich der Gemeinderat um die Exekutivaufgaben, die operative Führung der Gemeinde kümmern und Vorschläge zu Händen des Parlamentes unterbreiten. Ich möchte nun nicht auf alle Argumente eingehen. Wir haben die Diskussion anlässlich der Behandlung der FDP-Motion bereits geführt. Einen Punkt möchte ich jedoch aufgreifen: Die Frage des Demokratieverlustes. Einen solchen sehe ich überhaupt nicht. Das rein rechnerische Beispiel, dass die Vertretung des Volkes im Gemeinderat grösser ist, umso mehr Personen der Gemeinderat umfasst, vermag dieses Element nicht zu begründen. Wenn dem nämlich so wäre, dann wären zweifellos auch 7 Gemeinderäte zu wenig, um alle politischen Kräfte und Interessengruppierungen am Gemeinderat teilhaben zu lassen. Ich bitte Sie zu beachten, dass Gemeinderats-Wahlen Majorzwahlen sind. Jede Person hat dieselbe Chance, in den Gemeinderat gewählt zu werden. Die eigene „Hausmacht“ hilft da – im Unterschied zu den Proporzwahlen – weniger. Es sind Persönlichkeitswahlen, die nicht oder dann nur zum Teil den Parteienproporz wiedergeben. In Pratteln haben wir ja verschiedene Beispiele, dass der Parteienproporz im Gemeinderat eben nicht vertreten ist: Die FDP ist mit 3 von 7 vertreten, was sicher nicht auf die Parteistärke zurückzuführen ist, sondern auf die Stärke der Kandidaten. Und auch Parteilose haben die Wahl in den Gemeinderat bereits mehrfach geschafft. Wie auch in der Statistik der Vorlage aufgezeigt wird, haben wir in Pratteln bereits die unterschiedlichsten Konstellationen gehabt. Im Unterschied zum Bund, wo über mehrere Jahre ein freiwilliger Parteienproporz zur sog. Zauberformel führte, ist es in Pratteln, im Unterschied zum Bund, nicht das Parlament, das den Gemeinderat wählt, sondern das Volk. Also, hier von Demokratieverlust zu sprechen ist doch etwas sehr weit her geholt. Hauptgründe für die Verkleinerung des Gemeinderates sind der Effizienzgewinn und nicht etwa Kosteneinsparungen. Mit klaren, einfachen und schlanken Strukturen geht vieles unkomplizierter. Man hört oder man schimpft selber bekanntlich immer wieder über die Verwaltung, die Gemeinde, das öffentliche Wesen, dass alles so kompliziert organisiert sei, dass alles durch so und so viele Hände gehen müsse und die Verfahren lange dauern. Verantwortungsbewusste und seriöse Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte befürworten deshalb hier die einfachere Struktur. In der Vorlage steht ein Satz: So betreuen in der Abteilung Bau nicht weniger als vier Gemeinderäte Aufgaben. Das ist ein kleinerer Skandal und ich freue mich darauf, wenn bei Bauwesen noch ein Gemeinderat zuständig ist. Das ist heute ein Jekami oder eine Durcheinander sondergleichen. Andere Gemeinwesen, andere Exekutivorgane beweisen laufend, dass es mit 5 genauso gut geht, ja dass es zweifellos einfacher und schneller geht. Nehmen wir z.B. den Budgetprozess oder die Jahresrechnung. Logischerweise braucht es mehr Koordinationsaufwand wenn sich 7 Departementchefs um ein ausgeglichenes Budget bemühen müssen, als wenn dies 5 Mitglieder tun. Es gibt keinen sachlichen Grund, hier eine effizientere Gemeindeorganisation zu verhindern. 5 Gemeinderäte passen besser zu 5 Abteilungen als 7. Ich richte den Appell an alle unabhängig denkenden Ratsmitglieder, welche frei von Parteitaktik und politischer Machtentfaltung entscheiden wollen, dass sie dieser Vorlage zustimmen.

Rudolf Meury: Wir halten von dieser Reduktion nicht all zu viel. Die Initiative ist sehr populistisch abgefasst und es wird nur Sand in die Augen der Stimmbürger gestreut. Auf der Rückseite hat die FDP ein paar Dinge aufgelistet, die ich zu entkräften versuche. „7 Chefs für 5 Abteilungen“: Genau genommen führen die 7 Chefs nur 4 Abteilungsleitungen. Die Abteilung Bau, Soziales/BKS, Finanzen und Sicherheit. Wenn wir auf fünf gehen, dann gibt es wieder Überschneidungen. Dann wir ein Vergleich mit der Kantonsregierung gemacht. Man muss aber sehen, was für ein Potential dahinter steht. Da sind Chefbeamte und persönliche Berater. Ein Regierungsrat verdient rund CHF 260'000.— und ein Vergleich mit Pratteln hinkt daher massiv. Das ist nicht vergleichbar. Man vergleicht weiter mit Liestal, wo auch auf fünf reduziert worden ist. Die Pauschalentschädigung eines Gemeinderates in Liestal beträgt CHF 41'100.—. In Pratteln CHF 21'000.—. Das ergibt total für Liestal CHF 164'000.— ohne Präsidium. In Pratteln CHF 126'000.— ohne Präsidium. Es kommt also günstiger. Nachdem der der Stadtrat in Liestal reduziert worden ist, haben drei Mitglieder zusätzlichen Erwerbsersatz beantragt. Fünf schaffen es nicht mehr, weil sie weder im Beruf noch auf der Gemeinde voll tätig sein können. Der Gemeinderat ist die ausführende und nicht die diskutierende Behörde. Der Gemeinderat ist in diversen Funktionen und vielen Gremien vertreten. Es macht wenig Sinn mit fünf Gemeinderäten. Weiter steht in der Initiative: „Konzentration auf den Auftrag“. Die Aussage eines Gemeinderates ist, dass es in den letzten zwei Jahren keine Koordinationsprobleme gegeben hat. Die Verantwortlichkeiten sind heute schon klar geregelt. Eine Reduktion bringt nicht viel mehr. Nach Meinung der Initianten soll die Verwaltung gestärkt und motiviert werden. Was heisst das genau? Muss mehr Personal angestellt werden? Sind die Mitarbeiter heute nicht motiviert? Ich muss daraus lesen, dass die Gemeindeangestellten demotiviert sind und nicht gut arbeiten. Das stimmt einfach nicht. Egal wie wir heute entscheiden, es wird eine Volksabstimmung geben. Ich hoffe, dass in den Abstimmungsunterlagen richtig informiert, aufgeklärt und Vor- und Nachteile aufgelistet werden. Fazit: Die Verwaltung wird gestärkt und der Einwohnerrat und Gemeinderat geschwächt. Was passiert eigentlich wenn nur 3 Gemeinderäte anwesend sind? Eine solche Sitzung möchte ich gerne erleben. Es sprechen nur wenige Fakten für eine Reduktion.

Aldo Pavan: Heute ist viel von seriösen Ratsmitgliedern die Rede. Die SP-Fraktion hat sich seriös mit der Vorlage auseinandergesetzt und sie lehnt die Initiative ab. Argumente, die dafür sprechen, stehen in keinem Verhältnis zu den Nachteilen, die eine Änderung mit sich bringen würde. In der Vorlage des Gemeinderates steht bei den „Vorteilen“ zwar, dass „die Reduktion auf 5 Gemeinderäte mehr Effizienz in der Führung bringt“; im nächsten Satz steht jedoch, dass es „dafür keine Garantie gebe“. Eine Garantie gibt es sicher nicht. Mir ist nicht klar, ob ein reduzierter (in der Anzahl reduzierter) Gemeinderat effizienter arbeitet. Der Spareffekt wird selbst von den Initianten vernachlässigt. Den Vergleich mit Liestal haben wir soeben gehört. Die ATAG-Studie bezieht sich auf die Verwaltung, nicht auf die Exekutive. Daraus die Behauptung abzuleiten, „eine Reduktion des Gemeinderates sei die logische Konsequenz“ scheint uns ein bisschen weit hergeholt. Es behauptet wohl kaum jemand, dass die Departemente heute optimal verteilt sind. Das kann der Gemeinderat jedoch jederzeit ändern. Wenn wir aber die Departemente analog den Abteilungen auf der Gemeindeverwaltung neu gliedern (und dies ist das Hauptargument der Initianten), so sind dem Gemeinderat die Hände gebunden. Die Folge wäre eine ungleiche Arbeitsverteilung mit „grossen“ Belastungen wie z.B. beim Bau oder bei der BKS. Die Suche nach geeigneten Gemeinderats-Mitgliedern könnte sich als schwierig erweisen. Engagierte Berufsleute haben heute schon Probleme, für politische Funktionen den nötigen Freiraum zu erhalten. Es kann und darf nicht sein, dass nur noch Hausfrauen, die keine Kinder zu betreuen haben, Pensionierte oder selbständig Erwerbende in der Exekutive Einsitz nehmen. Die Kantonsregierung als Beispiel anzuführen, ist nicht zulässig: Die Mitglieder des Regierungsrates sind vollamtlich tätig und die meisten Regierungen mit nebenamtlichen Regierungsräten bestehen aus mehr als fünf Mitgliedern. Die Stadt Liestal ist erst dabei, Erfahrungen zu sammeln und die anderen vergleichbaren Gemeinden des Kantons haben meines Wissens keine entsprechenden Absichten ge-

äussert. Ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus zeigt, dass z.B. zwei Städte, Kloten und Lyss (beide von der Einwohnerzahl mit Pratteln vergleichbar) ihre Gemeinderäte reduziert haben. Aber von 9 auf 7 Mitglieder. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir uns mit der Annahme der Initiative in eine unsichere Zukunft begeben würden. Darum lehnen wir die Initiative ab und empfehlen dem Prattler Souverän, mit den entsprechenden Argumenten, das Gleiche.

Heinz Schiltknecht: Herr Stohler sagt, dass der Gemeinderat der Initiative zugestimmt hat. Das erstaunt doch sehr. Zählen wir die FDP-Leute im Gemeinderat zusammen und stellen uns vor, wie viele nicht da gewesen sind, dann haben wir schon das Resultat. Der Gemeinderat hat auf 29 Zeilen die Vorteile aufgelistet und in 57 Zeilen die Nachteile. Das ist komisch und trotzdem befürwortet der Gemeinderat die Vorlage. Das erste Argument in der Vorlage: Die Abbildung der Gemeinderäte auf die Abteilungen sei nicht passend und deshalb muss man zwingend ändern. Man kann auch 7 Abteilungen schaffen. Ich zeige euch wie das geht. Nehmen wir die Abteilung Bau: Die Abteilung umfasst Tiefbau, Hochbau, Werkhof, Wasser, Kanalisation und Abfall. Was haben diese Bereiche gemeinsam. Nichts, ausser dass Tiefbau und Hochbau beide das Wort Bau enthalten. Der Kanton Zürich hat vor kurzem Tiefbau und Hochbau getrennt. Ich nehme an, dass die Stadt Zürich dies auf Grund von aktuelleren Studien gemacht hat. Abteilung Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Soziales. Daraus kann man auch mehrere Abteilungen machen. Dann hätten wir schon acht Abteilungen. Zusammenfassend ist zu sagen, dass der erste Punkt überhaupt nicht stichhaltig ist. Der Gemeinderat kann die Verwaltung so strukturieren, dass sie für ihn passt. Es ist ein Rätsel, warum die Initiative überhaupt lanciert worden ist. Weiter beruft man sich auf die ATAG-Studie. 1996 hat die Firma ATAG eine Studie zur Verwaltung durchgeführt. Jeder der in der Privatwirtschaft tätig ist wird sagen, dass man eine so alte Studie nie und nimmer auf die heutigen Verhältnisse anwenden dürfe. Wir leben heute und nicht vor zehn Jahren. Eine zehn Jahre alte Studie heran zu ziehen ist „hirnverbrannt“. 2. Argument: Verwesentlichung der Führungsarbeit der Gemeinderäte. Da steht: „die Gemeinderatsmitglieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der strategischen Führung und der Übernahme politischer Verantwortung vermehrt widmen könne...“ Das sind kernige und saftige Worte. Wir haben aber eine Gemeindeordnung. Und dort steht nichts von politischer Verantwortung. Die Verantwortung hat der Einwohnerrat. Weiter steht: „strategischer Führung“. Das tönt gut, sagt mir aber nichts und ist eine Worthülse. Der Gemeinderat müsste mir seine strategischen Tätigkeiten erklären. 3. Argument : Effizienzgewinn. Hier steht: „Die Reduktion auf 5 Gemeinderäte bringt mehr Effizienz in der Führung, denn die Gruppendynamik ist in einem Fünfergremium besser.“ Im dritten Satz steht: „Es gibt keine wissenschaftlichen Untersuchungen, die belegen, dass ein Gremium von fünf Personen effizienter und in der Sache besser arbeitet als ein solches von sieben Personen.“ Was bleibt übrig von Pro-Argumenten? Herzlich wenig oder eigentlich nichts. Zu den Nachteilen. Hier steht auf Seite 4: „Sachlich richtig ist deshalb, dass die Exekutiven verkleinert werden.“ Diesen Satz verstehe ich nicht. Warum ist das ein Nachteil? Die Initiative ist unnötig und erzeugt viel Lärm um Nichts.

Petra Ramseier: Wir sind ebenfalls gegen eine Reduktion. Das Hauptargument ist, dass die Arbeitsbelastung für die einzelnen Mitglieder viel zu gross wird. Mit der heutigen Entlohnung muss ein Gemeinderat mindestens 50 Prozent im Beruf arbeiten können. Wenn jemand das ganze Gebiet der Abteilung Bau mit Tief- und Hochbau und Raumplanung betreuen muss, dann ist das schlicht nicht machbar.

Fredi Wiesner: Wenn man die Vor- und Nachteile vergleicht, dann gibt es keinen wichtigen Grund, den Gemeinderat zu verkleinern. Einsparen können wir nichts, es wird eher teurer. Wenn wir in Zukunft Gemeinderäte suchen müssen, dann könnte das problematisch werden. Die Arbeit wird immer mehr. Wenn wir vollamtliche Gemeinderäte brauchen, dann wird es langsam unbezahlbar. Die Fraktion der SVP ist gegen eine Verkleinerung des Gemeinderates.

Daniela Berger: Ich bin ebenfalls mit dieser von der FDP lancierten Volksinitiative nicht einverstanden. Und zwar aus folgenden Gründen: Bei der Suche nach geeigneten Kandidaten ist es generell schwierig geworden, fähige Personen zu finden. Heutige Unternehmen erwartet von ihren Mitarbeitern mindestens 100 Prozent Einsatz. Da passt es überhaupt nicht, dass jemand daneben noch ein gewichtiges und zeitintensives Amt bekleidet. Für etliche fähige Leute stellt sich alleine deshalb die Frage erst gar nicht „Soll ich das Amt eines Gemeinderat übernehmen?“. Die „freie Zeit“ bzw. „zeitliche Kapazitäten“ sind wichtiger Punkt, weshalb eine Reduktion des Gemeinderates bei den vielfältigen Aufgaben in Pratteln ein Unding ist. Wenn ein Gemeinderat wöchentlich oder zuweilen fast täglich Sitzungen mit Aussenstehenden wie kantonalen Behördenmitgliedern, anderen Ämtern, aber auch mit Architekten und anderen Fachleuten vereinbaren muss, so ist es naiv zu glauben, dass die betreffenden Personen gerne freiwillig ihre Freizeit opfern für den Austausch mit Prattler Gemeinderäten. Auch die Prattler Angestellten haben eine Arbeitszeit und eine Freizeit. Wie ist es denn heute? Im Gemeinderat haben wir die nicht ganz unlogische Realität, dass momentan „nur“ (und ich will dieses „nur“ nicht werten) Personen Einsitz haben, die entweder selbständig sind (Beispielsweise ein eigenes Geschäft betreiben, welches einen zeitlichen Spielraum für Arbeiten zulässt), die teilzeitlich angestellt oder die bereits pensioniert sind. Wenn wir nun den 7-köpfigen Gemeinderat auf nur 5 Köpfe verteilen, mit der Begründung, dass die Gemeinde auch nur 5 Abteilungen hat, so verkennen wir die Tatsache, dass diese 5 Abteilungen von sehr unterschiedlicher Grösse sind. Für die Verwaltung einer Gemeinde kann diese Aufteilung Sinn machen. Davon abzuleiten, dass es auch mit nur 5 Gemeinderats-Sitzen leichter sei, 5 fähige Gemeinderäte zu finden, die real auch die Zeit haben bzw. von ihren Arbeitgebern freigestellt werden, kann ich nicht nachvollziehen, zumal ja die auf sie zukommende Arbeit noch grösser sein wird. Es würden sich dann wohl erst recht nur noch Personen zur Wahl stellen, die keine Karriere mehr planen bzw. Personen, die bereits jetzt nur teilzeitlich beschäftigt oder die bereits pensioniert sind. Aber ob diese allesamt auch für Pratteln die Geeignetesten wären? Nehmen wir an, es würden tatsächlich 5 fähige und im Beruf erfolgreiche Kandidaten gefunden, dann hiesse dass doch auch, dass sie tagsüber wenig oder kaum in der Gemeinde anzutreffen wären. Da ja die beruflich Erfolgreichen auch immer die sind, welche vollzeitlich arbeiten, müssten sie selektiv bzw. zeitlich limitiert für die Gemeinde arbeiten können, ergo müssten sie noch mehr als jetzt schon delegieren. Das bedeutet aber, dass die Ausführung politischer Aufgaben mehr in die Hände vor allem der Abteilungsleiter und anderen Angestellten der Gemeinde zufallen würde. Ich frage mich daher, ob das nicht auch zu mehr Kosten in der Verwaltung führt und ob in letzter Konsequenz diese Volksinitiative eine Stärkung der Verwaltung somit befürwortet?

Dieter Stohler: Ich bitte Ruedi Meury, den Vorwurf der populistischen Vorlage zurück zu nehmen. Es geht um die Organisation der Gemeinde und diese Vorlage ist politisch. Die Rückseite der Initiative ist nicht Bestandteil der heutigen Vorlage und war Bestandteil für die Unterschriftensammlung. Dass dies so formuliert worden ist, dafür haben wohl alle hier Verständnis. Zur Arbeitsverteilung: Nach dem Votum von Daniela Berger müsste sich jeder Gemeinderat etwas komisch vorkommen. Ich sehe die Arbeitsbelastung. Ist es ein Zufall, dass beim heutigen Gemeinderat kaum jemand ein 100 Prozent Pensum hat? Ich selber arbeite 100 Prozent. Falls ich Ja sagen würde als Gemeinderat, dann ist klar, dass ich mein Pensum reduzieren müsste. Auch bei sieben Gemeinderäten. Ob 7 oder 5, da ändert sich nichts. Herr Schiltknecht hat einen Satz richtig gesagt: Man könnte es anders machen und die Anzahl Abteilungen erhöhen. Man kann beides machen, aber wir wollen das Volk entscheiden lassen. Bei sieben Abteilungen kommen Personalbegehren und Abteilungsleiterposten müssen geschaffen werden. Dann möchte ich Heinz Schiltknecht hören.

GR Max Hippenmeyer: Ich befürworte die Initiative. Ich stelle fest, dass der Reformwille nicht sehr gross ist. Die Argumente sind in der Vorlage dargelegt. Der Gemein-

derat hat sich die Mühe genommen, eine transparente und ausgewogene Vorlage zu präsentieren. Die Aufzählung der Abteilungen durch Heinz Schiltknecht ist mangelhaft. Das Abwasser, das Wasser und der Abfall sind nicht in der Abteilung Bau. Das sind Regiebetriebe unter der Führung von Felix Knöpfel. Sieben Abteilungen bedeutet doch mehr Personal. Ich möchte den Einwohnerrat sehen, wenn er zusätzlichen Stellenprozenten zustimmen soll. Die Abteilung BKS und Soziales wurden zusammengelegt. Es steht nichts im Wege, das wieder auseinander zu nehmen. Das wäre gar nicht so schlecht. Das Argument, dass der Gemeinderat die Verwaltung gemäss seinen Vorstellungen strukturiert würde heissen, dass wir alle vier Jahre die Verwaltung restrukturieren müssten. Die Verwaltung ist viel langlebiger und wird, im Gegensatz zu uns, nicht abgewählt. Wir haben eine gute und nicht billige Verwaltung. Nützen wir das doch. Ein Kandidat für den Gemeinderat muss sowohl bei sieben als auch bei fünf geeignet sein, Führungsaufgaben in einer städtischen Gemeinde wahrzunehmen. Die Qualifikation hat nichts mit der Anzahl zu tun. Wir sind kein Jekami-Betrieb, sondern ein grosses KMU mit 70 Millionen Umsatz. Wir haben grosse Probleme und wir brauchen konzentrierte Kompetenzen. Wir sind der Meinung, dass fünf besser ist als sieben. Es ist schön, dass Sie sich Sorgen um unsere Arbeitsbelastung machen. Ich wünsche mir, dass Sie sich auch bei der Rückweisung von Vorlagen Sorgen über die Arbeitsbelastung von uns und der Verwaltung machen.

Kurt Lanz: Geht Herr Stohler davon aus, dass bei fünf Exekutivmitglieder diese mehr oder weniger voll- oder teilzeitlich angestellt wären? Es sind ja weniger, die mehr machen müssen. Zu Max Hippenmeyer: Ich muss nicht um des Reformwillens reformieren. Ich sehe keine Notwendigkeit für eine Reform. Bei der Erklärung betreffend Bauverwaltung wurde gesagt, dass die Regiebetriebe alle bei Felix Knöpfel sind. Diese Abteilungen bleiben aber auch bei fünf Gemeinderäten. Weiter wird ausgesagt, dass der Gemeinderat die Verwaltung neu organisieren soll. Das ist ja gerade die Aufgabe des Gemeinderates. Er führt die Gemeinde und ich hoffe, dass der Gemeinderat diese Kernaufgabe auch wahrnimmt. Zu den Kompetenzen: Bei sieben Personen erhoffe ich mir schon, dass mehr Kompetenzen da sind, als bei fünf Personen.

Urs Hess: Für Änderungen zum Wohl unseres Dorfes sind wir immer zu haben. Aber hier geht es nicht um das Wohl des Dorfes, sondern wir haben hier persönliche Gedanken von gewissen Gemeinderäten von gewissen Parteien. Wir sind klar der Auffassung, dass mit sieben Gemeinderäten mehr Einflüsse resultieren. Man kann doch nicht sagen, dass man reformwillig sei, wenn zwei Gemeinderäte wegfallen. Eine Verwaltung restrukturieren heisst, Anpassungen von Strukturen durch den Gemeinderat.

Petra Ramseier: Man kann es auch so belassen, wie es ist. Wir wollen bei sieben bleiben.

GR Uwe Klein: Nachdem mein Kollege Max Hippenmeyer das Pro vertreten hat, erlaube ich mir eine andere Meinung zu vertreten. Ich wollte den „Frieden des Gemeinderates“ nicht stören und hatte vor, heute nichts zu sagen. Die Stellungnahme des Gemeinderates in der Vorlage bezieht sich auf die damalige Motion. Mir ist nicht bekannt, dass ich über die vorliegende Vorlage abgestimmt habe. Entweder war ich nicht hier, aber ich weiss kein Resultat. Die FDP behauptet, wir hätten eine unübersichtliche Departementsverteilung und die Zuständigkeiten seien zufällig. Die Departementsverteilung ist abgesprochen und man hat versucht gleichmässige Departemente zu schaffen. Ich bin für das grosse Departement Soziales zuständig. Es gibt kleinere Abteilungen, aber es gibt für alle genug zu tun. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit fünf Gemeinderäten die Effizienz verbessert. Liestal hat es getan und ich verweise auf das Votum von Ruedi Meury. Die grösseren Gemeinden haben sieben Gemeinderäte. Bei der Fülle von Departementen wird es auch bei fünf Gemeinderäten immer Überschneidungen geben. In den letzten zwei Jahren hatten wir diesbezüglich keine Probleme. Ich empfehle Euch, den Entscheid gut zu überlegen.

Stefan Löw: Die Meinungen sind gemacht und es ist Zeit zur Abstimmung zu schreiten. Was ich jetzt zu sagen habe, ist eher für die Presse gedacht (*Gelächter*). Ein Sprichwort sagt: Gleichstand ist gleich Stillstand. Die ATAG-Studie wurde genehmigt, man hat mit der Umsetzung begonnen und man hat in der Gemeinde etwas in Bewegung gebracht. Eine Überprüfung der Umsetzung hat nicht stattgefunden. Man muss den Mut haben, nach Vorne etwas zu verändern und die Chance wahrzunehmen, etwas zu versuchen. Wir wollen etwas bewirken. Die Auswirkungen kann man erst zu einem späteren Zeitpunkt analysieren.

GP Beat Stingelin: Man hat gesagt, dass die ATAG-Studie etwas bewegt hat. Ich sage klar: man hat die ATAG-Studie bewegt, von einem Ort zum anderen. Die Umsetzung der ATAG-Studie hat erst gerade begonnen. So schlecht, wie sie Heinz Schiltknecht bezeichnet, ist die Studie nicht. Der gesamte Gemeinderat ist daran, die Umsetzung an die Hand zu nehmen und ich bin auch froh, dass wir sieben Gemeinderäte sind. Diese Umsetzung ist eine „grosse Kiste“.

Rudolf Meury: Wie kann Herr Löw nur sagen, dass wir etwas versuchen wollen. Es geht hier um ein ernsthaftes Thema, um viel Geld und um die Einwohner. Da wird nicht experimentiert.

Einwohnerratspräsident Werner Graber: Wir stimmen nun über den Beschluss a) ab. Dieser lautet: „Die nichtformulierte Volksinitiative „Reduktion des Prattler Gemeinderates“ wird für gültig erklärt.“

Heinz Schiltknecht: Über diesen Antrag kann man so nicht abstimmen. Die Initiative ist gültig und darüber müssen wir gar nicht mehr abstimmen. Wir können die Initiative gar nicht für ungültig erklären. Wir stimmen aber der Initiative nicht zu, ergo wird sie dem Volk vorgelegt.

Urs Hess: Man kann ja nicht eine gültige und nichtformulierte Initiative, welche vom Gemeinderat für gültig erklärt wurde, für nicht gültig erklären. Ich beantrage, den Punkt a) zu streichen.

Einwohnerratspräsident Werner Graber: Nach Auskunft von Bruno Helfenberger ist dieser Punkt juristisch abgeklärt worden und es muss so darüber abgestimmt werden.

://: Mit grossem Mehr wird der Streichungsantrag von Urs Hess angenommen.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 29 : 8 Stimmen:

- ://: 1. Die nichtformulierte Volksinitiative „Reduktion des Prattler Gemeinderats“ wird abgelehnt.
2. Der Gemeinderat legt das Datum der Urnenabstimmung fest.

Geschäft Nr. 2430

**Motion von Petra Ramseier betr.
„Gemeinderat nach Verhältniswahl
(Proporz) wählen“**

Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2430 vom 24. April 2006

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist gegen eine Erheblicherklärung. Am 3. Dezember 1994 hat man in einer Volksabstimmung darüber abgestimmt. Das Volk hat mit 2'087 gegen 1'606 Stimmen Ja zum Majorzwahlverfahren gesagt. Die Stimmbeteiligung betrug 43,56 Prozent. Seit drei Legislaturperioden wird der Gemeinderat so gewählt. Wir sind der Meinung, dass eine erneute Änderung nach nur drei Amtsperioden nicht nötig ist. In der Begründung der Motion steht: *„Das Verhältniswahlverfahren ermöglicht es, dass Gemeinderäte während der Legislaturperiode zurücktreten können.“* Das kann ja nicht sein, dass sich jemand wählen lässt, damit er nach zwei Jahren wieder zurücktreten kann. Dann muss er sich nicht wählen lassen. Diese Begründung kann es ganz sicher nicht sein. Auch nicht, dass die Partei um ihren Sitz fürchten muss. 1994 haben die Befürworter gesagt: *„Majorzwahlen ermöglichen echte Wahlen, insbesondere nach Rücktritten von Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern während der Legislaturperiode“*. Weiter: *„Gemeinderatswahlen sind Persönlichkeitswahlen. Beim Majorwahlssystem kommt der Wählerwille unmittelbar zum Ausdruck. Die Persönlichkeit der Kandidatinnen und Kandidaten steht vor der Parteizugehörigkeit.“* Bis heute haben auch Personen aus kleinen Parteien die Chance gehabt, Gemeinderat zu werden.

Petra Ramseier: Die Gemeindeordnung muss sowieso vor das Volk und darum ist jetzt der richtige Zeitpunkt, sich eine Änderung zu überlegen. Das Proporzsystem entspricht uns mehr. Ich verweise auf unsere Begründung und es geht nicht nur um den Bekanntheitsgrad einer Person, sondern auch um die Qualität. Das kann mit einer Proporzwahl viel besser gesteuert werden.

Stephan Ackermann: Wir brauchen Leute, die Qualitäten haben um Gemeinderat zu sein. Die Qualitäten haben nicht immer etwas mit dem Bekanntheitsgrad zu tun. Warum die Motion jetzt? Eigentlich ist es verrückt, dass kurz nach einer Wahl bereits für viele oder für einige Gemeinderäte klar ist, dass sie nicht mehr antreten werden. Wo bleibt denn da die Energie für die Amtsausübung? Haben gewisse nur kandidiert, damit die Partei den Sitz sicher behalten kann? Wenn das die Motivation ist, dann ist das wohl das schlechteste was man haben kann. Ruedi Meury hat betont, dass man keine Experimente auf Gemeindeebene machen darf. Das Experiment „Majorzwahlen“ wurde gemacht und ich würde sagen, dass wir das Experiment abbrechen und zum bewährten Proporz zurückkehren.

Chantal Jenny: Im Dezember 1994 wurde wie gesagt eine Volksabstimmung durchgeführt. Seither gilt das Majorzwahlverfahren. In den meisten Gemeinden im Baselbiet werden die Exekutiven im Majorzwahlverfahren gewählt. Gemeinderatswahlen sind Persönlichkeitswahlen und der Wählerwille kann unmittelbar zum Ausdruck gebracht werden. Ich verweise auf das Votum von Beat Stingelin. Die Argumente überzeugen uns nicht und es drängt sich keine Änderung auf. Im Weiteren dürfte es bei Proporzwahlen beträchtlich schwieriger sein, eine Gemeinderatsliste zu füllen. Dies in einer Zeit, wo sich niemand mehr engagieren will. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Kurt Lanz: Die SP ist nicht einhellig der gleichen Meinung. Ich bin schon 1994 nicht für die Änderung gewesen. Ich unterstütze ganz klar den Antrag der Unabhängigen, finde die Begründung aber auch nicht gut. Beim Proporz wird das Volk mehr repräsentiert.

Daniela Berger: Das Majorzwahlverfahren ist für die Exekutive die ideale Wahlform. Es zählen nicht parteiinterne Interessen und Kalkül, sondern ich orientiere mich vor allem an Empfindungen und dem damit verbundenen Handeln seitens der wählenden Bevölkerung. Ist es nicht so, dass sich die aktiv wählende Bevölkerung an den beruflichen und sozialen Fähigkeiten und Tätigkeiten der Kandidaten orientiert? Dass sie sich an Anlässen und Meldungen im Prattler Anzeiger oder anderen Medien orientiert, was die einzelnen Gemeinderäte das Jahr hindurch leisten müssen? Wenn sich eine

Person für das Amt zur Verfügung stellt, dann ist die Parteizugehörigkeit nebensächlich. Schliesslich geht es um die Ausführung und Umsetzung von Aufgaben. Was denkt die Bevölkerung, wenn sich jemand nur wählen lässt um nach kurzer Zeit einem Parteikollegen die anspruchsvolle Aufgabe zu übergeben? Auch auf der Ebene Einwohnerrat stört das die Bevölkerung ab und zu. Kann es einem nachrückenden Gemeinderat wohl sein bei seiner gewichtigen und öffentlich kommunizierten Arbeit, wenn er weiss, dass er nur wenige Stimmen erhalten hat? Es sollte klar geworden sein, dass das Volk fähige Menschen im Gemeinderat sehen will und es selbstverständlich sein soll, dass Sie oder Er das Amt mindestens für vier Jahre innehält. Wenn das aus bestimmten Gründen nicht möglich ist, dann muss die Bevölkerung die Möglichkeit haben, einen Nachfolger zu wählen. Die bisherigen Wahlen haben das ja bestätigt und auch Kandidaten von kleineren Parteien haben eine Chance gehabt.

Stefan Löw: Die FDP-Fraktion möchte die Motion nicht für erheblich erklären und beim jetzigen System bleiben. Die FDP hat ja vor 12 Jahren diesen Wechsel angestrebt. Die Begründungen haben Sie von Beat Stingelin gehört. Es wundert mich doch sehr, dass gerade jemand, der knapp nicht gewählt wurde, unterschwellig sagt, dass es Gemeinderäte gibt, die ihre Arbeit nicht richtig machen können. Wenn ein Gemeinderat um seinen Sitz fürchten muss, dann muss man ihn auch bei einem Proporzwahlssystem nicht mehr wählen. Man muss sie wählen, wenn sie ihre Arbeit geleistet haben.

Olga Aeberhard: Auch wir sind gegen die Erheblicherklärung der Motion. Wir brauchen Gemeinderäte, die Sitzleder haben. Sie müssen nicht nur sitzen, sondern auch denken. Ich verweise auf das Beispiel von Adrian Müller, der nach kurzer Zeit wieder zurück getreten ist.

Heinz Schiltknecht: Ich war und bin auch weiterhin für das Proporzwahlssystem. Das ist das einzige Wahlsystem, das Gerechtigkeit verkörpert. Der Unterschied liegt nicht bei mehr oder weniger Persönlichkeit, sondern in mehr oder weniger Demokratie. Jetzt haben wir keine demokratische Wahl. Wir haben eine ähnliche Konstellation wie früher auf Bundesebene und haben eine überproportionale Vertretung der FDP im Gemeinderat.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 23 : 13 Stimmen und 1 Enthaltung:

://: Die Motion Nr. 2430 wird nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2418

Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Eisbahn“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2418 vom 20. Februar 2006

GR Rolf Wehrli: Die kleine Anfrage in gleicher Angelegenheit wurde ihnen schriftlich beantwortet. Die Interpellation ist fast identisch. Seit vielen Jahren wird, sofern es die Witterungsverhältnisse, der Personalbestand und die täglich zu erledigenden Arbeiten zulassen, jeweils während den Wintermonaten auf dem Schulhausplatz „Grossmatt“ eine Eisbahn erstellt. Der geplante Überstundenabbau während Weihnachten und Neujahr 2005/2006 konnte aufgrund des ausserordentlichen Winterdiensteinsatzes nicht wie geplant durchgeführt werden. Infolge der Wetterberuhigung und der relativ tiefen Temperaturen bis Mitte Januar 2006 wäre das Erstellen der Eisbahn möglich gewesen. Wegen Personalabsenzen infolge von Ferien und Krankheit sowie Über-

stundenkompensation war dies nicht möglich. Danach wurden mehrere Versuche eine Eisbahn zu erstellen geplant und organisiert. Die Versuche mussten jeweils aufgrund der vorliegenden Langzeitprognosen der Wetterstationen wieder fallen gelassen werden. Die Temperaturen fielen während der Nacht auf -6° bis -9° . Tagsüber betragen die Temperaturen -1° bis $+2^{\circ}$, was zum Erstellen einer Eisbahn nicht ausreicht. Der Schulhausplatz „Grossmatt“ ist auf Grund seiner zentralen Lage für das Eislaufen geeignet, nicht aber bezüglich Belagsfläche, Gefälle und Sonneneinstrahlung. Die an der Schulhausfassade reflektierenden Sonnenstrahlen werden auf den Schulhausplatz gestrahlt und bewirken eine erhöhte Bodentemperatur. Das Erstellen einer Eisbahn ist mit viel Personalaufwand und grossem Wasserverbrauch verbunden und deshalb müssen Aufwand und Ertrag im Voraus abgewogen werden. Die Erstellung der Eisbahn dauert ca. 3 Tage. Deshalb sollte die Eisbahn auch während mehreren Tagen genutzt werden können. Zudem bietet sich der Besuch einer nahe gelegenen Kunsteisbahn in Rheinfelden, Sissach, Eglisee oder Margarethen an. Es hat auch Situationen gegeben, wo man auf privater Basis etwas machen wollte. Die Leute wurden aktiv und waren beim Spritzen in der Nacht plötzlich nicht mehr da. Das ist ein Aufwand, wo man um 22.00 Uhr anfangen und bis am morgen um 04.00 arbeiten muss. Sobald dann die Nachbarn den Kaffee oder Tee nicht mehr bringen, dann bleibt man lieber im Bett. Die Privatinitiative ist löblich, aber man muss es durchziehen.

Stephan Ackermann: Ich bin nicht wirklich befriedigt und verlange keine Diskussion.

Geschäft Nr. 2431

Postulat von Stephan Ackermann betr. „Ombudsstelle“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2431 vom 24. April 2006

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat hat mit Erstaunen und Befremden Kenntnis genommen, dass ein Aussenstehender sich ein Urteil über das Arbeitsklima in der Verwaltung anmassst. Er sagt, dass die Personalkommission nicht vertrauenswürdig ist. Ich zitiere aus dem Schreiben der Personalkommission: *„Die Personalkommission hat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass im Postulat von Stephan Ackermann vom 24. April 2006, die Personalkommission von den Angestellten der Gemeindeverwaltung als nicht vertrauenswürdig angesehen werden soll. Eine Kurzumfrage in den Abteilungen hat ergeben, dass diese Aussage so nicht stimmt. Wir bedauern, dass Herr Ackermann eine solche Aussage gemacht hat, ohne die Arbeit der Personalkommission im Detail zu kennen. Gerne würden wir Herr Ackermann zu einem Gespräch einladen und ihn fragen welches die Beweggründe für die gemachte Aussage waren.“* Zur Ombudsstelle: Wenn tatsächlich Probleme da wären, dann haben wir in Liestal eine unabhängige Ombudsstelle. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass wir keine Ombudsstelle in Pratteln brauchen und möchte das Postulat nicht entgegen nehmen.

Stefan Löw: Mit Befremden haben wir das Postulat gelesen. Wie kommt Stephan Ackermann zu einem solchen abschliessenden Urteil. Ich zitiere: 1. „Das Arbeitsklima ist nicht gut. 2. Die Stimmung ist bedrückend! 3. Einige Mitarbeiter suchen eine neue Stelle oder liebäugeln damit. 4. So mancher Pratteler stellt sich die Frage etc... 5. Die Personalkommission sei nicht vertrauenswürdig.“ Die FDP würde es interessieren, aufgrund welcher fundierten Recherche die Äusserungen von Stephan Ackermann gründen. Die Informationsquelle muss sehr ergiebig und breit abgestützt sein. Nur so lassen sich solche Aussagen verantworten. Falls die Situation so gravierend sein sollte, dann sehen wir eine andere Vorgehensweise. 1. Man muss die Personalkommission konkret anfragen. 2. Ein Gespräch mit dem Gemeinderat respektive dem Ge-

meindepräsidenten hat zu erfolgen. 3. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Untersuchung durch die GPK. 4. Der Einwohnerrat ist durch die GPK zu informieren. Das Postulat ist eine Anmassung, als Vorgehensweise falsch und indiskutabel. Wir lehnen die Überweisung ab.

Stephan Ackermann: Eine Anmassung? Ich nehme an, dass Sie alle ab und zu auf die Verwaltung gehen. Sie werden angesprochen. Vielleicht ziehe ich die Personen an, die nicht zufrieden sind und die finden, dass etwas gehen muss. Wie ich vom obersten Personalchef gehört habe, ist alles „im Butter“. Ich nehme das gerne zur Kenntnis und ich bin froh, wenn das so ist, die Leute glücklich sind, motiviert und gerne zur Arbeit gehen und ihre Leistung voll erbringen. Ich würde es begrüßen, wenn den Mitarbeitenden kommuniziert wird, dass es eine kantonale Ombudsstelle gibt. Für mich ist das Postulat eine Chance, weil ich das Gefühl habe, dass etwas nicht stimmt und der Gemeinderat das vertieft anschauen kann. Wenn der Gemeinderat das nicht sieht, dann verzichten wir auf diese Chance. Wenn es dann nicht gut läuft, dann haben Sie eine Chance verpasst. Das wäre bedauernswert.

Karin Hess: Die SVP-Fraktion hat eine ähnliche Meinung wie die FDP-Fraktion. Bis heute haben wir nichts davon gehört. Es ist zu hoch spekuliert, dass das gesamte Arbeitsklima nicht gut sei. Es ist klar, dass es immer einzelne Unzufriedene geben wird. Ich schlage vor, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem ersten Schritt versuchen, sich zu einigen und gegenseitig den „Kropf zu leeren“. Falls das nicht geht, dann wäre die nächste Instanz die GPK, welche das zu prüfen hat.

Heinz Schiltknecht: Die Schaffung einer Ombudsstelle ist völlig absurd und liegt quer in der Landschaft. Die kantonale Ombudsstelle ist für jedermann und jederzeit offen. Darum brauchen wir das nicht. Das ist die dritte Vorlage der Unabhängigen, wo die Begründung, vornehm ausgedrückt, nicht unbedingt sehr gut ist. Die Form ist falsch und es bräuchte eine Interpellation mit ganz konkreten Fragen. Die Verwaltung untersteht dem Gemeinderat. Der Einwohnerrat hat dazu gar nichts zu sagen. Wir bewilligen nur die Anzahl Stellen. Die SP ist gegen die Überweisung.

Chantal Jenny: Das Postulat hat auch in der Verwaltung rege Diskussionen ausgelöst. Ich habe nach der Ursache gefragt, bin aber nicht darauf gekommen. Sehr gestört hat mich der Satz, wonach die Personalkommission nicht vertrauenswürdig sein soll. Das ist nicht wahr. Die Kommission ist sehr engagiert. In letzter Zeit hat es ein paar Veränderungen gegeben wie: ein neuer Gemeindepräsident, eine neue Verwalterin, Vorgesetztenwechsel im Tagesheim, in der Abteilung Bau und die Einführung des neuen Lohnreglements. Das hat zu Spannungen und Ungewissheiten geführt. Im Endeffekt ist das Ganze auch schnell wieder verblasst. Logischerweise gab es unzufriedene Mitarbeitende, die „Opfer“ bei der Lohnüberführung geworden sind. Wie schnell wird etwas Negatives weiter getragen. Wenn die Personalkommission nicht beansprucht werden kann, dann sind die Vorgesetzten, die Verwalterin, der Gemeindepräsident und schlussendlich der Gesamtgemeinderat da. Aufgrund der Reaktion auf das Postulat kann man schliessen, dass der Gemeinderat keine Kenntnis davon hat, dass auf der Verwaltung vieles schief laufen soll.

Rudolf Meury: Mit solchen Vorstössen disqualifizieren sich die Unabhängigen selber. Eine Variante wäre der Rückzug des Postulats.

Stephan Ackermann: Was wir fordern, kann man nur mit einem Postulat fordern. Wir fordern den Gemeinderat auf zu prüfen. Nach Auskunft des Gemeinderates ist alles OK. Ich halte das Postulat aufrecht. Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass in der Verwaltung nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen herrscht. Ich würde es bedauern, wenn wir einen Exodus erleben. Dieser ist jedoch scheinbar nicht in Sicht. Dann bin ich auch glücklich.

GR Ruedi Handschin: Es ist neben einem Angriff auf die Personalkommission auch ein Angriff auf den Gemeinderat. Ich frage Stephan Ackermann: Wo hat er ein Gespräch geführt mit der Personalkommission oder dem Gemeinderat? Nach meiner Rückfrage lautet die Antwort: es hat keine Anfrage stattgefunden. Informationen von Personen werden als bare Münze im Postulat auf den Tisch gelegt. Das kann wohl nicht sein, ist unprofessionell und total unseriös. Das Papier gehört in den Papierkorb.

GP Beat Stingelin: Wir haben alles ausser den Inhalt des Postulats diskutiert. Das Postulat fordert nur eines: eine externe Ombudsstelle. Der Satz, „es ist was faul im Staate Pratteln“, finde ich ungeheuerlich. Ich finde es schlimm, was Herr Ackermann aufgerissen hat. Die Unruhe hat Herr Ackermann hinein gebracht.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen:

://: Das Postulat Nr. 2431 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage von Olga Aeberhard betr. „Biopower Nordwestschweiz AG, Pratteln“

GR Felix Knöpfel: Die Gemeinde Pratteln bietet einen Häckseldienst an. Rund 45 Tonnen werden zu CHF 330.— pro Tonne verarbeitet. Dazu kommt eine Feldrandkompostierung mit rund 310 Tonnen, welche zu CHF 279.— pro Tonne verarbeitet wird. Weiter gibt es eine Grünabfuhr, die von der Firma ONYX privat durchgeführt wird. Rund 30 Tonnen. Man muss schon heute keine Grünabfuhr in die Kehrriechtsäcke tun. Die Abgabe bei der Biopower kostet cirka CHF 140.— pro Tonne, zuzüglich die Kosten für das Einsammeln. Bei der Grosskompostieranlage in Muttenz kostet es CHF 120.— pro Tonne. Zu den Fragen: *Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, dass in Pratteln die vielen wieder verwertbaren Abfälle dieser Anlage zugeführt werden können?* Der Gemeinderat hat mit den Gemeinden Liestal, Frenkendorf und Füllinsdorf eine Arbeitsgruppe gebildet. Wir suchen nach Möglichkeiten, die Zuführung zentral auszuführen. Allenfalls könnte es dann auch billiger werden. Die Arbeitsgruppe will dem Gemeinderat im Spätherbst ein Konzept vorlegen. Dabei werden auch der Häckseldienst und die Feldrandkompostierung berücksichtigt. *2. Frage: Ab wann und wie oft könnte eine solche Abfuhr organisiert werden?* Im Spätherbst oder allenfalls ab 1. Januar 2007. Optimal wäre eine wöchentliche Abfuhr während der Vegetationsphase. *3. Frage: Welche Kosten fallen an? Da die Biogas-Anlage froh ist, wenn sie gefüttert wird, würden evtl. Beiträge an die Abfuhr der wieder verwertbaren organischen Wertstoffe geleistet? Hat der Gemeinderat diesbezüglich schon Kontakt mit der Biopower Nordwestschweiz AG genommen?* Es handelt sich um eine private Anlage. Alle müssen sicher etwas bezahlen. Es ist übrigens gar nicht so einfach, denn die Anlage frisst nicht alles. Der Gemeinderat hat das Ziel, das Ganze kostenneutral zu gestalten. Die Abfallrechnung ist jetzt schon defizitär. Der Erstkontakt ist erfolgt. Details sind im Spätsommer zu erwarten.

Olga Aeberhard: Ich bin vorläufig zufrieden und erhoffe mir Resultate.

Frage von Philippe Doppler betr. „Sponsoring statt ER“

GR Rolf Wehrli: Es geht hier nicht um ein Sponsoring, sondern es geht hier darum, Werbeflächen zur Verfügung zu stellen. 1. *Dient dieses Fahrzeug als Ersatz für ein anderes? Wenn ja, für welches?* Grundsätzlich nein. Hingegen wurde vor Jahren das Elektromobil nicht mehr, respektive durch ein anderes Fahrzeug mit Kippbrücke ersetzt, da der damalige Anschaffungspreis für ein neues Elektromobil doppelt bis drei Mal so hoch war als ein gewöhnliches Fahrzeug mit Benzin- oder Dieselmotor. Ein Fahrzeug, mit welchem man kleinere Transporte, aufgrund seiner Grösse auch dort einsetzen kann wo normalerweise ein Hinkommen, aufgrund enger Platzverhältnisse, bis heute nicht möglich war, wäre zwar die Anschaffung während einiger Zeit wünschenswert gewesen. Dies stand jedoch bei den Verantwortlichen weder in erster noch in zweiter Priorität. So kam dann die Anfrage, mittels Werbung ein solches Fahrzeug zu finanzieren und einzusetzen. 2. *Was kann dieses Fahrzeug besser als die bisher verfügbaren?* Das Fahrzeug dient kleineren Transporten aber auch als Gruppenfahrzeug (mit maximal zwei 2 Personen), wo weder Anhänger noch schwere Lasten transportiert werden müssen. Auch im Abfallbereich ist der Einsatz denkbar. 3. *Was kostet das Fahrzeug?* Der Bruttopreis beträgt inkl. Aufbau ca. CHF 13'000.--. 4. *Wird Sponsoring vom GR missbraucht, um den ER zu umgehen?* Nein. Hingegen wird vom Gemeinderat zunehmend verlangt, dass beim Budgetieren das Notwendige vom Wünschbaren getrennt wird, dass Einsparungen, auch bezüglich den Anschaffungen, zu erzielen sind, dass mehr Innovation, Nutzung von Synergien, Leistungssteigerndes und lösungsorientiertes Arbeiten gefragt sind. Mit der Umsetzung von Werbung mittels Sponsoring soll der Einwohnerrat nicht umgangen, sondern die Gemeindefinanzen und demnach die Aufwendungen etwas reduziert werden. Der Fahrzeug- und Maschinenbestand wird demnach auch nicht vergrössert, respektive um beliebige Einheiten erweitert. Wie die bestehenden und vorhandenen Einheiten jedoch mitfinanziert werden, darüber hat sich der Gemeinderat sicher auch so seine Gedanken gemacht und in diesem Fall auch umgesetzt. Darüber haben wir Ende Februar auf der Homepage berichtet. 5. *Wer bezahlt die Unterhaltskosten für dieses Fahrzeug und wie hoch sind diese?* Dieses Fahrzeug ist mit seinen 218 m³ der Klasse Motorräder angesiedelt, hat eine Nutzlast von 750Kg, fährt max. 60 Km/h schnell, benötigt etwa 5 Liter Benzin auf 100/km und kostet im Jahr ca. CHF 500.-- inkl. Steuern und Versicherung. Für den Unterhalt und Betrieb werden Kosten im Mittel von ca. CHF 500.- bis 600.-- pro Jahr erwartet. Diese Kosten werden dem Unterhaltsbudget belastet. 6. *Sind die Kosten im Budget enthalten?* Ja. Hingegen nicht bei den Anschaffungen sondern beim Fahrzeugunterhalt und -betrieb.

Philippe Doppler bedankt sich für die Beantwortung.

Frage von Urs Hess betr. „Blockzeiten in den Kindergärten“

GR Elisabeth Schiltknecht: *Frage 1: Ist sich der GR bewusst, dass bis zur definitiven Regelung der Blockzeiten keine Änderung des bisherigen Stundenplanes eintreten darf?* Die Aussage, dass bis zur definitiven Regelung der Blockzeiten keine Änderung des bisherigen Stundenplans eintreten darf, ist nicht korrekt. Der Einwohnerrat hat im Februar 2005 den Blockzeiten zugestimmt. Gegen diesen Entscheid ist weder ein Behördenreferendum noch ein generelles Referendum ergriffen worden. Dieser Beschluss ist rechtskräftig. Der Einwohnerrat hat dann im April die Motion von Urs Hess betr. „Blockzeiten“ für erheblich erklärt. Eine Erheblicherklärung hebt den Entscheid aber nicht auf. Im Einwohnerratsreglement steht: *„Motionen sind selbständige Anträge von Mitgliedern oder Kommissionen, die den Gemeinderat verpflichten wollen, dem Rat eine Vorlage zur Änderung oder Ergänzung der Gemeindeordnung, zur Änderung, Ergänzung oder zum Erlass eines Reglementes oder eines Einwohnerratsbeschlusses zu unterbreiten.“* Die Motion ist erheblich erklärt worden und verlangt eine Änderung des Beschlusses. Solange der Einwohnerrat noch nicht darüber abgestimmt hat, so lange gilt der Beschluss vom Februar 2005. 2. *Frage: Mit welchem*

Pensum sind die Kindergärtnerinnen für das Schuljahr 06/07 angestellt worden? Pro Kindergarten braucht es ein 100 Prozentpensum à 27 Stunden. Wenn die Pensenlegung fertig ist, dann ist klar, wie viele Kindergärtnerinnen es total braucht, auf der Basis der umfassenden Blockzeiten.

Urs Hess: Ich bedanke mich für die Beantwortung. Die Motion wurde für erheblich erklärt und falls eine Änderung stattfindet, dann ist das kein Problem, wenn man die Pensen wieder reduziert.

GR Elisabeth Schiltknecht: Wenn der Einwohnerrat, entgegen dem Beschluss vom letzten Jahr, reduzierte Blockzeiten beschliesst, dann müssen die Pensen wieder angepasst werden. Im Moment gelten die umfassenden Blockzeiten mit den entsprechenden Pensen. Betreffend Gültigkeit der Motion bestehen verschiedene Ansichten.

Verabschiedung von Aldo Pavan

Der Einwohnerratspräsident verabschiedet Aldo Pavan nach 10-jähriger engagierter Tätigkeit im Einwohnerrat und verschiedenen Gremien. Als Präsent darf er einen bunten Blumenstrauss und eine Flasche Wein entgegen nehmen. Anstelle des obligaten „Mörsers“ spendet Aldo Pavan den Gegenwert der Institution „Prattler Träff“.

(Applaus)

Die Sitzung wurde um 21.45 Uhr beendet.

Pratteln, 14. Juni 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Werner Graber Bruno Helfenberger